

# Krakauer Zeitung.

Nr. 280. Freitag, den 5. December

1862.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementpreis: für Krakau 4 fl. 20 Mrt., für Versendung 5 fl. 25 Mrt. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Mrt. berechnet. — Inserationsgehr im Intelligenzblatt für den Raum einer vierseitigen Seite für 9 Mrt. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Aufwendungen werden franco ertheilt. Redaktion: Nr. 423 an den Planen. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

VI. Jahrgang.

nemaligespreis: für Krakau 4 fl. 20 Mrt., für die erste Einlieferung 7 kr., für jede weitere Einlieferung 3½ Mrt.; Stempelgehr für jed. Einschaltung 30 Mrt. —

## Amtlicher Theil.

Se. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 10. November d. J. die erledigte lezte Domherrnliste an dem Everselten griechisch-katholischen Domkapitel d. m. Ehren-Domherren und Pfarrer zu Jesu-Kirche zur Georg Soltesz alterndig zu verleihen geruht.

Das Staatsministerium hat auf Vorschlag des Consiglio comunale den Cavaliere Dr. Gerolamo Ventura zum Podesta der Stadt Genua für das Trennum 1863 bis 1865 ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 5. December.

Es scheint denn doch, als sollten die drei Schutzmächte bezüglich der Thronfolge in Griechenland schließlich zu einer Verständigung gelangen. Auf die jüngsten Eröffnungen Frankreichs bezüglich der Beobachtung der Londoner Protocole von 1832 soll Russland mit den bestimtesten Versicherungen geantwortet haben, an allen zu Gunsten des Herzogs von Leuchtenberg ins Werk gelegten Intrigen habe es keinen Anteil. Weil aber die englische Regierung in gleicher Weise ihre Geneigtheit bekundet, die Candidatur des Prinzen Alfred, die nicht von ihr, sondern von den Griechen ausgegangen ist, zu desauouiren, so haben sich die drei Schutzmächte nunmehr nur noch darüber zu verstündigen, ob sie sich überhaupt nicht weiter in diese Angelegenheit mischen oder einen bestimmten Candidaten der Abstimmung der griechischen Nation gemeinsam empfehlen wollen. Man wird sich für letzteres entscheiden, und man werde am Ende wieder einen Prinzen auf den Thron setzen, welcher einer mindermächtigen Dynastie angehört. Das alte Manöver noch einmal, und dieses Mal mit der französischen Verbrämung des alleinigen Stimmrechts, die Griechen sollen sich, natürlich durch die guten Ratschläge der Garantiemacht unterstützt, einen Prinzen aussuchen und ihn sich als König ausblitzen. Gewährung der Bitte ist vorher zugesagt; doch wird man einige Schwierigkeiten haben in Griechenland selbst, denn die Griechen haben, wie es scheint, die Prinz-Alfred-Candidatur ernsthaft genommen und verlangen nun den zweiten Sohn der Königin Victoria wirklich zum Könige. Indessen werden sie sich wohl bedeuten lassen.

Die gestern in einer Turiner telegr. Depesche vom 2. d. ausgesprochenen Muthmaßungen bezüglich der Bildung des neuen Ministeriums erweisen sich nach der „Perseveranza“ als unzeitig. Heute circulirt das Gerücht, daß Villamarina oder San Martin mit der Bildung des Ministeriums beauftragt sei. — Der „Discussion“ zufolge bleibt die Kammer so lange vertagt, bis das neue Ministerium gebildet sein wird. Das genannte Blatt behauptet — im Gegensache zur „Opinione“ — daß zur Herbeiführung einer wahren Versöhnung das neue Ministerium möglichst aus Männern gebildet werde, welche an den letzten parlamentarischen Kämpfen keinen Anteil nahmen, während die „Opinione“ ihr Bestreben ausspricht, daß noch Niemand von den Führern der Rechten, welche zum Sturz Ratozzis so viel beigetragen, zur Theilnahme am neuen Ministerium berufen wurde.

Die neuesten Nachrichten aus Turin melden, daß das Kabinett Ratozzi die Einwilligung des Königs zur Auflösung des Abgeordnetenhauses bereits erhalten hatte, daß diese Einwilligung aber am 29. November plötzlich zurückgenommen wurde. In seiner gewohnten sorgfältigen Art, schreibt man dem „Botsch.“ lag er gerade in diesen kritischen Tagen eifrig der Jagd ob; zu einer dieser Jagden lud er den diplomatischen Vertreter einer befreundeten Macht ein und als derselbe auf dem königlichen Jagdschloß eintraf, fragte ihn Victor Emanuel: „Was ist für Weiter in Turin?“ — „Schönliches Sire.“ — „So, dann ist's gut.“ bemerkte der König lachend, „que Pon garde la chambre.“ Der vortreffliche Gatenbourg, welcher zugleich ausdrückt, daß man das Zimmer hütet und die Kammer behält, läßt sich deutsch nicht recht wiedergeben. Die Kammer also bleibt und ein Coalitionsministerium wird versuchen, mit ihr so lange es eben angeht zu regieren. Die Verhandlungen mit Rom, auf welche Durando in seiner Rede vertröstend hingewiesen hat, sind natürlich garnicht ernst zu nehmen, aber einstweilen können die laufenden Geschäfte abgethan und was die Haupsache ist, kann die Anleihe negoziert werden. Für das Weiterläßt man das Schick und — die Tuilerien sorgen.

„La France“ theilt in gesperrter Schrift den Rücktritt Ratozzis mit. Sein Rücktritt bezeugt, daß aus Berlin, soll sich durch die von dem Feldjäger-

dem italienischen Parlament gegenüber, eine weise und gemäßige Politik unmöglich sei. Vor dem Programm Garibaldi's, das nun officiell das Programm des Parlaments geworden sei, würden sich energisch die conservativen Interessen Europa's und das Nationalgefühl Frankreichs aufrichten.

Mittheilungen aus Turin entnimmt die „E. L.“ Folgendes: Mazzini erklärt in einem Circular an seine Gründungsgegenossen, daß nach der Auseinte von Aspromonte und der Wendung der napoleonischen Politik der legale Weg verlassen und der entgegengesetzte, nämlich der revolutionäre, betreten werden müsse, und empfiehlt selbst Garibaldi nicht mehr zu folgen, wenn dieser neuerdings mit der königlichen Partei eine Transaction eingehen würde.

Wie man der E. L. aus Rom schreibt, hat Kaiser L. Napoleon dem König Franz II. die Herausgabe oder Verwerfung der Familiengüter im Königreich beider Sizilien bei einem künftigen definitiven Arrangement zugesichert.

Nach Berichten aus Kopenhagen enthält die Note Lord Russells vom 20. November einige, wenn auch nicht gerade wesentliche Modificationen einer ursprünglich gemachten Vorschläge zur Beilegung des deutsch-dänischen Konflictes, namentlich soll es in Bezug auf die staatsrechtliche Stellung des Herzogthums Schleswig heißen: „wenn auch eine Incorporation dieses Herzogthums in den dänischen Gesamtstaat nicht zulässig sei, so sei doch eben so wenig eine Vereinigung derselben mit dem zum deutschen Bunde gehörigen Holstein zulässig, und weder historisch, noch staatsrechtlich gebe es ein Schleswig-Holstein.“ Wenn aber diese Argumentation auch wirklich, wie man behauptet, in dem besagten englischen Atemstück enthalten ist, so läßt sich kaum darin ein dem dänischen Standpunkte gemachtes Zugeständniß erblicken, denn Dänemarks Recht auf Schleswig ward stets vom deutschen Bunde und den Cabinetten, die denselben in den obwohl vorliegenden Verhandlungen vertreten, anerkannt, und so wird sich in der That nicht läugnen lassen, daß die ein schleswigische Frage eine Frage des internationalen Rechtes ist, daß also die Interpretation der von den dänischen Regierungen 1851 und 1852 wegen Schleswigs übernommenen sogenannten Ehrenverpflichtungen — und um diese Interpretation kann es sich in den weiteren Verhandlungen zwischen Kopenhagen und den deutschen Cabinetten allein handeln — mit irgend einer Aussicht auf wirklichen und alle Theile befriedigenden Erfolg, also auch nur auf dem internationalen Wege statt haben kann. Die Budgetfrage, so weit sie Schleswig anbelangt, würde aber unter solchen Umständen nothwendig in suspenso bleiben, während ungekehrt in Bezug auf Holstein dieselbe thunlich rasch zu erledigen wäre. In Bezug auf das holsteinische Budget soll auch Earl Russell in seiner letzten Rückäußerung an seiner ursprünglich aufgestellten Ueberzeugung festhalten, daß über dasselbe nur unter Mitwirkung der Stande jenes Herzogthums verfügt werden kann; er veruft sich dabei mit vollem Recht auf ein alleitig anerkanntes constitutionelles Grundprinzip.

Aus Stockholm, 23. Nov., wird dem französischen Moniteur geschrieben, daß das Verfassungsreform-Project der Regierung, an die Stelle der vier Ständekammern zwei Kammern nach dem Vorbilde der Constitutionen anderer Völker treten zu lassen, nicht nur in der Adels-, sondern auch in der Priester-Kammer auf den entschiedenen Widerspruch stößt.

Wie man aus Konstantinopel vom 22. v. M. schreibt, ist nach Montenegro der Befehl ergangen, die Errichtung der Blockhäuser im Thale von Zeta schleunigst zu bereiten, und dieselben vorerst des Winters w. gen. vlos aus Holz auszuführen. Es ist von einer Expedition die Rede, welche ein Theil des Foreyschen Corps nach Sonora auszu führen soll. Man will die Goldreichthümer, welche diese Provinz bergen soll, constatiren, und werden zu diesem Zwecke eine Anzahl Ingenieure der Expedition beigegeben werden.

Die „Kasseler Zeitung“ vom 3. d. veröffentlicht die Antwort Dehn-Rothsellers vom 1. Dezember auf die durch den Feldjäger überbrachte Depesche v. Bismarcks. An deren Schluß wird gegen eine eventuelle einseitige Einmischung Preußens in die inneren Angelegenheiten eines selbständigen Bundesstaates im Namen der Kurhessischen Regierung und des Landes, sowie im Interesse aller souveränen Staaten Verwahrung eingelegt.

Der Kurfürst v. Hessen, schreibt man der „Presse“ aus Berlin, soll sich durch die von dem Feldjäger-

Lieutenant nach Kassel überbrachte Note veranlaßt gefunden haben, einen eigenhändigen Schreibbrief an Se. Majestät den König Wilhelm zu richten. In diesem Briefe beklagt sich, so sagt man, der Kurfürst bei seinem königlichen Bruder über die Drohung des preußischen Minister-Präsidenten mit „einer Pensionierung“, und äußert die Ueberzeugung, daß der König nicht Kenntnis gehabt haben könnte von der nach Kassel überbrachten „Sitzübung“ des Herrn von Bismarck. Denn der König von Preußen, welcher das monarchische Princip so hoch hält und für das Königthum von Gottes Gnaden feierlich eingereiht sei, werde nicht mit zweierlei Maß messen und auch das göttliche Recht anderer Fürsten, welche ihre Krone nicht minder rechtmäßig überkommen haben als der König von Preußen, rückhaltlos anerkennen.

Aus Dresden wird geschrieben, daß am dortigen Hofe die vom preußischen Cabine te an den Kurfürsten von Hessen gerichtete Note eine große Aufregung hervorgebracht hat, indem man darin einen das deutsche Bundesrecht verlegenden Eingriff in die Souveränitätsrechte der deutschen Fürsten findet. Da man in Dresden Kunde hat von einer gleichen Auffassung der Note bei den meisten Regierungen der Mittelstaaten, so dürfte sich der Dresdner Hof mit den andern deutschen Höfen in Verbindung sehen, um die Angelegenheit in der Bundesversammlung zur Sprache zu bringen.

Nach der jüngsten Note des preußischen Cabinets an die bayerische Regierung zu schließen, bricht es in einem Schreiben der „F.P.Z.“ aus Baiern, die früher von uns gegebene Nachricht, daß man in Berlin nicht abgeneigt sei, Unterhandlungen wegen Abänderungen des französischen Handelsvertrags einzuleiten, deon doch nicht so ganz ungegründet zu sein. Wenigstens läßt sich die Anfrage des Hrn. v. Bismarck in Beitreß der in der letzten bayerischen Note enthaltenen Ausführungen über die Möglichkeit einer Verständigung nicht wohl anders deuten. In welcher Art eine diesseits in Aussicht genommen wird, kann man aus den bisherigen Andeutungen wenigstens nach den allgemeinen Umrissen mit ziemlicher Sicherheit bemessen. Bayern ist geneigt, in Beitreß der Tariffragen Concisionen zu machen, bzw. einen Theil seiner Einwendungen gegen die Tarifpositionen des französischen Vertrags fallen zu lassen, wogegen es aber seinerseits auf gewisse Abänderungen des letzteren, namentlich des anstößigen Article 31 bestehen, vielleicht auch bindende Zusicherungen in Beitreß des Verhältnisses zu Österreich verlangen wird.

Wie man die Sache in München ansieht, wäre eine Ausgleichung allerdings möglich, vorausgesetzt, daß es auch dem Berliner Cabinet ernstlich um eine solche zu thun ist. Durch bloß einsitzige Negationen, durch Drohungen und Pressionen wird man dagegen von hier niemals etwas erlangen, denn man weiß hier recht wohl, daß Preußen ein eben so großes, wenn nicht größeres Interesse daran hat, den Zollverein erhalten zu sehen, wie die süddeutschen Staaten. Um die preußischerseits neuerlich angezeigte Übereinstimmung zwischen Baiern und Württemberg zu constatiren, dürfen vielleicht die an Preußen zu richtenden Vorwürfe von beiden Regierungen gemeinschaftlich formulirt werden. Jedensfalls wird es sich bei den Zollconferenzen herausstellen, daß dieselben in allen Haupträumen einig sind.

Die oben erwähnte Note des Hrn. v. Bismarck auf die letzte Depesche der bayerischen Regierung in Beitreß des Handelsvertrages lautet nach der „A.B.“: Graf von Montgelas hat der königlichen Regierung Mitteilung von der Depesche des Freiherrn von Schrenck vom 23. September d. J. gemacht, welcher sich auf die am 2. August d. J. unterzeichneten Verträge mit Frankreich bezieht. So weit diese Depesche die Bedenken und Einwendungen der königlichen bayerischen Regierung gegen die gesuchten Verträge zusammenstellt und nochmals entwickelt, erlaube ich mir auf die früheren Beziehungen der östlichen Bevölkerung zu nehmen. Ich müßte besorgen, daß ich bei nahem Eingehen auf jene Bedenken und Einwendungen nur bereits Gesagtes zu wiederholen hätte, ohne dadurch die Sache selbst zu fördern, und ich glaube auf eine solche Fortsetzung der Discussion verboten zu dürfen. Es ist uns inzwischen die anderweitige Erklärung der königlich-württembergischen und die Rückäußerung der großherzoglich-hessischen Regierung zugegangen. Diese beiden Regierungen haben die Befürchtung zu den Verträgen mit Frankreich entwickelet und wir haben davon nur den Ausdruck ihres Willens erblitten können, den Zollverein mit uns über die Dauer der gegenwärtig laufenden Vertragsperiode nicht fortzusetzen. Indem dagegen in der Depesche des Freiherrn von Schrenck nicht nur der Wunsch nach einer Verständigung, sondern auch die Ansicht ausgeworfen wird, daß diese Verständigung wohl ohne besondere Schwierigkeiten herbeigeführt werden könnte, glaube ich die Hoffnung nicht ausgeben zu können, daß man königl. bayerischer Seite noch eine Annäherung in Aussicht genommen habe. Wenn die Voraussetzung keine übliche ist, so würden wir einer näheren Ausführung des Freiherrn v. Schrenck gern entgegen sehen. Gw. ic. erlaube ich ergeben, Sich hiermit gegen den Freiherrn v. Schrenck auszusprechen und demselben Abschrift gegenwärtiger Depesche mitzutun.

Die „Leipziger Ulz. B.“ vom 30. v. M. hatte in einer Berliner Correspondenz die Ansicht mitgetheilt, der bekannte Artikel der Allgemeinen preußischen Zeitung (gegen Verbindungen auswärtiger Diplomaten mit der inländischen Tagessprese) könne nur an die Adresse des Grafen Karolyi, des gegenwärtigen österreichischen Gesandten am kön. Hofe gerichtet sein. Die Don. B. ist nun in der Lage, aus zuverlässiger Quelle zu bestätigen, daß nicht allein der erwähnte Artikel nicht gegen den kaiserlichen Gesandten gerichtet gewesen ist, sondern auch, daß in ganz Berlin sich Niemand findet, der Dies ernstlich vermutet hätte.

Den Berathungen der seit dem 15. Septbr. in Hannover tagenden und von Österreich, Königreich Sachsen, Hessen-Darmstadt, Mecklenburg-Schwerin, Baiern, Württemberg, Baden, Frankfurt, Nassau und Hannover beschickten Commission zur Berathung der deutschen Civilprozeßordnung ist, wie die „K. B.“ meldet, die hannover'sche Prozeßordnung zu Grunde gelegt, natürlich, unbeschadet und vorbehaltlich der Berücksichtigung aller übrigen Prozeßordnungen und Prozeßordnungsentwürfe, namentlich der von Österreich, Baiern usw. eingebrachten. Man ist nun, so weit die gedruckten Protocole reichen, bis zum §. 43 in der Berathung gediehen.

II Krakau, 5. December.

Der „Ezaz“ gibt in seiner Nummer 269 vom 22. v. M. ein umfangreiches Rundschreiben des Lemberger erzbischöflichen Consistoriums lateinischen Ritus an die unterstehenden Dekanate zur Feststellung der Praxis in Bezug auf Personen aus gemischten Ehen zwischen Katholiken römischen und griechischen Ritus, wie auch über solche, die in dem einen oder in dem andern Ritus de facto getauft und erzogen worden sind. Nach diesem Schreiben war schon im Jahre 1853 durch die Bemühungen des gewesenen lateinischen Erzbischofs Baraniecki ein Uebereinkommen unter allen galizischen Bischöfen beider Riten zu Stande gekommen und dem heiligen Stuhle zur Bestätigung vorgelegt worden. Dieses Uebereinkommen umfaßt hauptsächlich folgende Puncte:

a) Es werde ein Normalzeitpunkt festgesetzt. Der Ritus, zu dem man sich hier bekannt, sei für die Zukunft maßgebend und dürfe nicht beliebig gewechselt werden.

b) In gemischten Ehen sollen alle Kinder beiderlei Geschlechts in dem Ritus des Vaters getauft und erzogen werden.

c) Der Ritus, zu dem sich jemand in der obigen Zeit bekannt, könne nur mit Zustimmung des apostolischen Stuhles gewechselt werden.

Vor Entscheidung über diese Uebereinkunft wurden von Sr. Excellenz dem hochwürdigsten Erzbischof von Larius, Anton de Luca, apostolischen Nuntius beim Wiener Hofe, folgende fünf Puncte zur Begutachtung vorgelegt:

1. Ob es nicht zweckmäßiger wäre, den Pfarrern zu erlauben, in Nothfällen die Kinder eines anderen Ritus zu tauften, wenn der eigentliche Priester an Erziehung der Taufe verhindert ist?

2. Ob sich bei den Ruthenen der Gebrauch erhält, wie ihn die östlichen Völker haben, sich nämlich mit männlichen Kindern nach 40, und mit weiblichen nach 80 Tagen zur Taufe zu melden?

3. Ob bei den Ruthenen der Gebrauch ist, daß die Pfarrer ohne besondere Erlaubnis des eigenen Bischofs die Kinder eines andern Ritus tauften?

4. Wenn es im Article C §. XL des genannten Vergleichs festgesetzt wurde, daß die lateinischen Geistlichen zu den wunderbaren Orten so viel zu henrichlich-katholische Priester einzuladen dürfen, als ihrer zum Consecrationen und Erteilung der h. Eucharystie an die zur Beichte erschienenen gläubigen Ruthenen nötig wären; aus welcher Ursache geschieht keine Erwähnung von den wunderbaren Orten, die unter Obhut des ruthenischen Clerus verbleiben, ingleichen von der Befugnis der griechischen Geistlichen, sich Seelsorger des lateinischen Ritus zur Aushilfe einzuladen?

5. Ob durch die neue einzuführende Praxis, namentlich durch die Bestimmung, daß alle Kinder aus gemischten Ehen dem Ritus des Vaters folgen sollen, nicht Zwistigkeiten in den Familien zu besorgen sind?

Gleichzeitig mit diesen Fragen wurde in der oben erwähnten Encyclica dem römisch-katholischen Diözesan-Klerus das Umlaufschreiben des Lemberger griechisch-katholischen Erzbischofs an seinen Klelus vom 25. Mai l. J. B. 29 mitgetheilt.

In dieser Encyclica fordert Se. Excellenz der Metropolit Baron Bachimowicz den griechisch-katholischen

tholischen Klerus auf, sich über nachstehende 13 Punkte zu äußern:

a) Was wäre, um den Bedürfnissen des Volkes und unseres griechisch-slavischen Ritus gerecht zu werden, noch zur Ausbildung unserer Geistlichkeit nothwendig?

b) Ob, da gegenwärtig außer der Pastoralthologie alle Vorträge in lateinischer Sprache gehalten werden, nicht wenigstens einige und vor Allem welche theologischen Gegenstände in der kirchlich-slavischen und ruthenischen Sprache vorzutragen wären?

c) Welche Rätsel bestehen gegenwärtig in den für die theologischen Studien vorgeschriebenen Büchern?

d) Weshalb haben wir nicht in unserer Muttersprache Bücher, die zur Erbauung des gläubigen Volkes im Religionsunterricht geeignet wären?

e) Was könnte zur Befestigung und Erweckung der Frömmigkeit und Sittlichkeit unseres Volkes beitragen?

f) Was könnte zur Vermehrung der Schülerzahl in unsern Volksschulen beihilflich sein?

g) Ob in jenen Schulen, die von den Gläubigen unseres Ritus erhalten werden, aber unter der Aufsicht des erzbischöflichen Consistoriums lateinischen Ritus verbleiben, die ruthenische Jugend und unser Ritus kein Unrecht erleiden?

h) Welche Widersprüche und Verschiedenheiten in der Praxis haben sich in unserem Ritus durch jenen unvernünftigen Eifer, sich zu latinisiren und den Polen zu schmeicheln, eingeschlichen?

i) Welche Hindernisse erfährt die heil. Union, das sie sich nicht aus ihrer Schwäche erheben und in den Augen des Westens und Ostens und sogar der Unites selbst die ihr gebührende Achtung und Verehrung erlangen kann, deren einstens die östlichen, mit dem römischen Stuhl vereinigten Kirchen sich erfreuten; mit welchen angemessnen Mitteln könnte man diese Hindernisse beseitigen, ohne den uns umgebenden östlichen Bekennern, die von der heiligen römischen Kirche getrennt sind, ein Abergern und den Anlaß zu geben, die heilige Union und die Parteien zu fürchten? Hier ist das Verzeichniß derjenigen beizufügen, welche die polnische Geistlichkeit, trotzdem daß jene nach Ausweis der Taufzeugnisse dem griechischen Ritus angehören, in einzelnen Pfarreien gesetzwidrig z im lateinischen Ritus aufgenommen hat. Ueberdies ist nachzuweisen, ob in den gemischten Eben unseres Ritus die polnische Geistlichkeit nicht latinisiert; ingleichen ob diese Geistlichkeit sich nicht dem Schließen der gemischten Eben in solchen Fällen widerstellt, in welchen sie keine Möglichkeit voraussetzt, die Parteien unseres Ritus zu latinisiren?

k) Welcher Mittel bedient sich erweislichermaßen die polnische Geistlichkeit, um die Gläubigen unseres Ritus zum Uebergang zu dem lateinischen Ritus zu ermuntern?

l) Ob die polnische Geistlichkeit des lateinischen Ritus unsern Ritus gehörig achtet und ob sie die apostolischen Verordnungen beobachtet, welche die Verhältnisse beider Riten geordnet haben?

m) Ob die Gutsbesitzer lateinischen Ritus den ihnen gegenüber den ruthenischen Kirchen obliegenden Patronats- und sonstigen Pflichten entsprechen und die bestehenden Stiftungen unserer Kirchen nicht beeinträchtigen?

n) Ob im entgegengesetzten Falle nicht die politischen Bestrebungen der Polen in's Spiel kommen, vor welchen, weil sie sich unter dem Vorwand der Religion und des Katholizismus zutragen, Se. Heiligkeit in einem Schreiben an den Lemberger Erzbischof des lateinischen Ritus vom 17. März 1862 gewarnt hat, das mit nicht auf diese Weise die Ruthen in Galizien der Gnade des römischen Stuhles und der österreichischen Regierung verlustig gehen?

Der römisch-katholische Erzbischof in Lemberg fordert nun den römisch-katholischen Diözesan-Klerus auf, sich über die soeben angesührten Fragen Sr. Excellenz des Metropoliten Jachimowicz zu äußern und zugleich seine schriftlichen Bemerkungen über folgende Punkte vorzulegen:

a) Man muß die Bemühung des galizischen griechisch-katholischen Klerus nachweisen, daß er die Gläubigen des lateinischen Ritus zum griechisch-katholischen mit Mißachtung aller Kirchenrechte an sich zieht. Dazu muß man die Liste derjenigen Personen beifügen, welche die griechisch-katholischen Geistlichen in einzelnen Pfarreien von unserem Ritus in den übrigen nach Ausweis der vorzulegenden Taufzeugnisse gesetzwidrig aufgenommen haben.

b) Ueberdies muß man nachweisen, ob in den gemischten Eben der griechisch-katholische Klerus die Parteien unseres Ritus nicht vom lateinischen abwändig macht, ob er sich nicht dem Schließen der Ebe, was die gemischten Ritus betrifft, widersetzt, wenn er nicht die Möglichkeit sieht, die Parteien unseres Ritus zum griechischen heranzuziehen, weiter: aus welchen andern Ursachen und mit welchen Mitteln trachtet der griechisch-katholische Klerus die gemischten Eben zu hindern, und welche Unbequemlichkeiten erfahren dadurch die Parteien unseres Ritus. Hier muß man auch einzeln die Fälle nachweisen, in welchen der griechisch-katholische Klerus ungesehlich traute, oder sogar ungültige Eben einzog, sobald eine Person von den Vroloben (Bräutleuten) oder auch beide zum lateinischen Ritus gehörten.

c) Welcher Mittel bedient sich der griechisch-katholische Klerus und wie sind die Argumente beschaffen, um die Gläubigen unseres Ritus zum Uebergehen in den griechisch anzurefern?

d) Ob der griechisch-katholische Klerus unseren Ritus, wie es sich ziems, ehrt und ob er gewohnt ist, die apostolischen Verordnungen, welche die Verhältnisse beider Riten geordnet haben, zu beobachten?

e) Woher kommen die dem galizischen griechisch-katholischen Klerus gemachten Vorwürfe, daß er sich zum östlichen Schisma und Moskowentum hinneigt? Und andererseits: woher kommt die häufige Ehrüterung

des griechischen Klerus gegen unsere Geistlichkeit? Ob nicht dazu die politischen und nationalen Berechnungen der Ruthen beitragen?

f) Welchen Eindruck haben auf das gläubige Volk, sowohl des griechisch-katholischen als auch des lateinischen Ritus die durch den griechisch-katholischen Klerus neu eingeführten Neuerungen in Hinsicht des griechisch-katholischen Ritus gemacht?

g) Welche sind die Ursachen, warum die Gläubigen des griechisch-katholischen Ritus besonders in den neuesten Zeiten lebhaft wünschen, zum lateinischen überzugehen?

h) Ist nachzuweisen, ob die in neuester Zeit bei und da leider! vorgekommenen Uneinigkeiten zwischen dem Klerus beider Riten sich nicht auch dem gläubigen Volke selbst mitgetheilt hatten?

Aus diesen Fragen und Gegenfragen ergibt sich daß trotz jenes Uebereinkommens eine bedauerliche Uneinigkeit zwischen den vereinten Kirchen besteht. Der „Gaz“ läßt dem erwähnten Rundschreiben einige Beiträge vorangehen, welche jedoch eine starke Parteiärbung tragen.

## Österreichische Monarchie.

Wien, 3. Decbr. Wenn nicht noch nachträglich eine andere Verfügung einfiebt, wird Sr. Majestät der Kaiser durch dringende Staatsgeschäfte zurückgehalten, morgen nicht nach Holstein zur Jagd reisen. Der Separat-Hofzug verläßt übrigens morgen früh 7 Uhr Wien, um die sämmtlichen Herren Erzherzöge und die geladenen Gäste nach Holstein zu begleiten.

Ihre Majestät die Kaiserin Maria Anna haben eine historische Denkschrift über ein seit Jahrhunderen in Baden verchristliches Marienbild entgegengenommen und dem dortigen Pfarrer als Beitrag für die Befürnisste der von den Badensern in diesem Jahre gebauten Kirche 100 fl. zu spenden geruht.

Zum Empfange des Kronprinzen und der Kronprinzessin von Preußen werden entsprechende Vorbereitungen getroffen.

Zu Ehren des Kronprinzen und der Kronprinzessin von Preußen werden am Alterhöchsten Hofe mehrere Feierlichkeiten stattfinden. Außer einem Theaterparc im Hofoperntheater wird auch eine Festvorstellung im Hofburgtheater, eine Marschallproduktion im Hofstallräude, und wenn das Wetter es gestattet, eine große Truppenrevue veranstaltet werden. Die hohen Gäste werden Appartements in der kaiserl. Hofburg beziehen, und die Sehenswürdigkeiten der Residenz in Augenschein nehmen. Im kaiserlichen Lustschloß Schönbrunn wird ein großes Gala-Diner stattfinden. Wenn die Anwesenheit der hohen Gäste sich auf einen Sonntag erstreckt sollte, würden dieselben in der evangelischen Garnisonkirche dem Gottesdienste beiwohnen.

Die großen Hoffagden zu Holstein in Ungarn finden den 4., 5. und 6. d. i. Donnerstag, Freitag und Samstag statt.

Sr. Excellenz der kommandirende General und Stathalter in Galizien FML Graf Mensdorff-Pouilly ist von Lemberg hier eingetroffen.

Der FML Ritter von Schmerling, welcher noch einige Zeitungen schon am Samstag hier eingetroffen sein sollte, ist heute Vormittags halb 11 Uhr angekommen. FML Schmerling war bei seiner Anwesenheit in Kassel am 28. v. M. zum zweiten Male zur kurfürstlichen Tafel geladen worden. Vor Beginn derselben wurden ihm — wie man der F.P. schreibt — die Insignien des Großkreuzes des Wilhelms-Ordens überreicht.

Baron Kopff, Flügeladjutant Sr. Majestät des Kaisers von Russland, ist gestern hier angekommen.

Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet am 10. Dec. um 10 Uhr Vormittags statt.

Fürst und Fürstin Ypsilanti sind von ihrem Gute Eichhorn in Mähren hier eingetroffen. Der Tag der Abreise nach Wien ist noch nicht bekannt.

Wegen Errichtung von Ackerbaukammern nach Art der Handelskammern hat sich auf Wunsch des Handelsministeriums hier ein Comités gebildet, an dessen Spitze Fürst Schwarzenberg steht und das die Bestimmung hat, die nötigen Voreinleitungen zu treffen.

Dem Truppen-Commando der estensischen Brigade soll von Seite des Herzogs von Modena die Weisung zugegangen sein, keine weitere Assentirung neu eintretender Soldaten vorzunehmen.

Dieser Lage wurde eine Revision der noch vorhandenen sehr wertvollen Armaturen- und Rüstungsorten der ehemaligen ungarischen Garde vorgenommen. Man will diese Revision mit einem angemlichen Gerüchte der Wiedererrichtung der ungarischen Garde in Zusammenhang bringen.

Am 27. v. M. stand bei der Reichenberger Handelskammer die commissionelle Verhandlung statt, die in Folge der von der Stathalerei gestellten Frage über die Zuwendung der Leinen- und Baumwollwaren-Lieferungen für die Arme, mit Ausschluß der Obersortenverhandlung an die Industriellen des Riesengebirges zur Hintanhaltung des Rothstandes, anberaumt worden. Es waren an 50 Industrielle erschienen. Man sprach sich dafür aus, daß die Arme-Lieferungen für 1863 und 1864 in Baumwoll- und Leinenwaren vollständig im Reichenberger Kommerzbezirk hergestellt werden können. Um der herrschenden Arbeitsnot erfolgreich entgegenzutreten, wäre für die Zeit vom Anfang December bis Ende März die Lieferung eines Quantums von 20 Millionen Ellen Baumwollstoff und 1.200.000 Ellen Leinenstoff genügend. Die Durchführung der Manipulation bei der Lieferung mögen Regierungs-Commissäre, an deren Seite Fachmänner stehen, besorgen. Ferner wurde hervorgehoben, daß bei Zuteilung der Lieferung besonders der Handwerker berücksichtigt werden möge. Einige Fabrikanten sprachen sich gegen diese Vorzugsstellung aus, blieben jedoch in der Minorität.

Ob der griechisch-katholische Klerus unseren Ritus, wie es sich ziems, ehrt und ob er gewohnt ist, die apostolischen Verordnungen, welche die Verhältnisse beider Riten geordnet haben, zu beobachten?

e) Woher kommen die dem galizischen griechisch-katholischen Klerus gemachten Vorwürfe, daß er sich zum östlichen Schisma und Moskowentum hinneigt? Und andererseits: woher kommt die häufige Ehrüterung

Bisher entschieden in Ungarn in Gewerbe-Angelegenheiten in erster Instanz die politischen Bevölkerungen. Da aber außer den königlichen Freistädten und Stuhlräten nicht feststand, welche anderen Bevölkerungen überhaupt für die erste Instanz competent seien, so ist die Frage nun dahin erläutert worden, daß künftig auch alle übrigen Städte und Märkte, welche einen vorschreismäßig geordneten Magistrat mit civilcölicher Besitzung besitzen, in Gewerbe-Angelegenheiten zu entscheiden haben werden. Die zweite Instanz bildet aber nicht mehr das Komitatsgericht, sondern die königliche Stathalerei. Der Judex Curiae Graf Apponyi hat bereits die Liste derjenigen Persönlichkeiten zusammengestellt, welche die Commission zur Abfassung eines ungarischen Civil- und Strafcode bilden sollen. Scon in diesen Tagen wird er diese Liste durch Vermittelung der ungarischen Hofkanzlei Sr. Majestät zur allerhöchsten Sanction unterbreiten.

Dem „Sürgöny“ wird mitgetheilt, daß die Regierung mit neueren großartigen Vorkehrungen im Interesse der öffentlichen Sicherheit beschäftigt ist. In der ungarischen Hofkanzlei haben über diesen Gegenstand in den letzten Tagen mehrere Berathungen stattgefunden. Um Sonntag konstituierte Sr. Excellenz der Herr Hofkanzler längere Zeit mit dem Kriegsminister und dem Generalcommandant der Gendarmerie. Es ist zu hoffen, daß die in der Vorbereitung begriffenen Maßregeln je früher durchgeführt werden.

Über den Stand der Wojwodina-Angesiedlung meldet man der „S. C.“, daß die obstherrlichen Differenzen keineswegs beigelegt sind, sondern fortbestehen, so daß die mehrfach verbreiteten Nachrichten, als sei die Restituirung der Wojwodina eine bereits beschlossene und beendete Sache und harre nur noch der Sanctionierung und Unterchristi Sr. Majestät, fürstlich irrig und wenigstens für jetzt noch als bedeutend verfrüht bezeichnet werden müssen. Der ungarische Hofkanzler läßt dem erwähnten Rundschreiben einige Beiträge vorangehen, welche jedoch eine starke Parteiärbung tragen.

Ein rumänischer Nationalcongress soll nach der DB. nahe bevorstehen und wird derselbe voraussichtlich mit großer Entschiedenheit für die österreichischen Staatsgrundgesetze sich aussprechen um den offensivsten Beweis zu liefern, daß die große Majorität des Landes für die österreichische Reichsverfassung einzustehen gesonnen sei.

## Deutschland.

Nach Berichten aus Berlin ist der bisherige preußische Gesandte in St. Petersburg, Graf v. d. Goltz, zu Botschafter in Paris, der bisherige Gesandte in Brüssel Graf Redern, zum Gesandten in Petersburg ernannt.

Aus einer kürzlich in Kassel erschienenen Broschüre „Staatsdiener- und Staatschwächen der Gegenwart“, in welcher der Generalleutnant v. Haynau angegriffen wird, erfahren wir, daß eine geheime Ordre existiert, welche bei den Commandeuren der Regimenter hinterlegt ist. Bei seiner Ernennung erhält jeder Offizier davon Einsicht, und muß die Einsichtnahme schriftlich quittieren. Die Ordre besagt: daß kein Befehl eine aus Vorsätzen der Dienstes hervorgerufene Ausforderung von einem Untergebenen wider annehmen soll noch darf, weil es Pflichtvergehen sein würde, eine Dienstliche dadurch zur Privatwache zu machen u. s. w. Diese Ordre datirt aus dem Jahre 1845. Sie erfährt in der Flugschrift nach allen Richtungen eine eingehende Würdigung. Die Flugschrift constatirt noch: „daß in praxi bis jetzt nur der General v. Haynau diese Ordre für zwickmäßig befunden habe, indem sich derselbe bereits zweimal auf sie befreuen und jedesmal die von ihm Beleidigten damit auf die Festung befördert habe.“ Der Verfasser hat auf die wiederholte Aufforderung des Generals v. Haynau sich nicht genannt, aber vielmehr anonym in der „Südd. Blg.“ erklärt, er werde sich nennen und Herrn v. Haynau die geforderte Genugthuung geben, wenn dieser zuvor sich mit den beiden Offizieren getroffen habe, denen früher entgegengetreten sei. Nun hat sich wie gestern erwähnt der Hauptmann o. D. Dörr als Verfasser der Flugschrift genannt.

Gegen die in Coburg erscheinende Wochenschrift des deutschen Nationalvereins ist in Darmstadt ein Prozeß wegen Beleidigung der großb. hessischen Staatsregierung anhängig gemacht und auf Grund der dortigen Gesetzgebung Herausgeber und Redakteur vom Darmstädter Stadtgericht zur Verantwortung vorgeladen worden. Dem Vernehmen nach hat jedoch die berogl. säfische Regierung die Insinuation der Erwähnung verneigt.

Aus München, 30. Nov., wird geschrieben: Obwohl das griechische Königspaar beinahe schon einen Monat hier verweilt, hatte sich dasselbe doch noch bei keiner Gelegenheit öffentlich gezeigt und auch sonst sehr zurückgezogen gelebt. Die Königin Amalie machte nur ihre gewohnten Spaziergänge in Begleitung eines Cavaliers. Vor gestern, am Geburtstage des Königs M. I., erschien der König und die Königin von Griechenland im festlich beleuchteten Hoftheater an der Seite der Königin von Bayern, und die Herrschaften wurden von dem übervollen Hause mit dreimaligen Hochrufen begrüßt. König Otto trägt noch immer das griechische Nationalcostüm.

## Frankreich.

Paris, 2. December. Gestern fand in Compiegne unter Vorsitz des Kaisers Ministerialrat statt, dem „Moniteur“ bemerkte, der Seine- und der Polizeipräfekt beiwohnten. — In diesen Ministrativen wurde die griechische Frage zur Sprache gebracht. Man soll dort beschlossen haben, zugleich mit Russland gegen die Kandidatur des Prinzen Alfred zu protestieren. Andererseits heißt es jedoch, daß die griechische Angelegenheit geordnet sei, daß weder der Herzog von Leuch-

tenberg noch der Prinz Alfred den griechischen Thron besteigen werde. In demselben Consil wurde auch über die Bäckerei-Frage berathen. Das Gewerbe soll vom 1. Jänner an freigegeben werden. — Der Betreff des Campana-Museums erklärt der „Moniteur“ heute, daß aller Journalstreit darüber ganz zwecklos sei, da das kaiserliche Decret vom 11. Juli d. J. endgültig entschieden habe; die Campana-Sammlung wird als „Museum Napoleon's III.“ mit den Sammlungen der Krone im Louvre vereinigt; ihre Doublierten aber werden an die Staats- und Departemental-Abstalten vertheilt. — Herr v. Dubril, der mit dem Interim beauftragte russische Gesandtschaftsrath, war gestern in Compiegne, um Herrn Drouyn de Ebys von der Deutschen Kenntnis zu geben, in der Rusland sich mit der französischen Auffassung der griechischen Frage einverstanden erklärt. — Marquis Lavalette hat vor kurzer Zeit eine Audienz bei dem Kaiser gehabt und scheint sehr befriedigt von der Aufnahme zu sein, die er bei Sr. Majestät gefunden hat. — Die Kriegsadministration hat neue Verträge über die Lieferung von Proviant für das mexicanische Expeditions-Corps abgeschlossen. Die Verträge lauten auf 2 Jahre. — Herr Billault, einer der Minister ohne Portefeuille, will nicht mehr vor dem legislativen Körper das Wort für die neue von Herrn Drouyn de Ebys eingeweihte Politik führen und verlangt daher seine Entlassung. — Herr Billault hatte früher im Namen der Regierung laut und ohne Rückhalt das Recht der Römer anerkannt, sich an Italien anzuschließen, und hinzugesetzt, Frankreich könnte nicht fortwährend in Rom bleiben. — Alle Admirale und Vice-Admirale Frankreichs sind für nächsten Monat vom Kaiser in Paris zu einer Conference zusammenberufen; man mutet davon, daß die Ersatz eines Krieges gegen England droht. — Einem Marine-Lieutenant, Herrn de Pallu, ist ein offizieller Verweis wegen eines Artikels erteilt worden.

Herr Billault hatte früher im Namen der Regierung laut und ohne Rückhalt das Recht der Römer anerkannt, sich an Italien anzuschließen, und hinzugesetzt, Frankreich könnte nicht fortwährend in Rom bleiben. — Alle Admirale und Vice-Admirale Frankreichs sind für nächsten Monat vom Kaiser in Paris zu einer Conference zusammenberufen; man mutet davon, daß die Ersatz eines Krieges gegen England droht. — Einem Marine-Lieutenant, Herrn de Pallu, ist ein offizieller Verweis wegen eines Artikels erteilt worden. — Der Vertrag zwischen dem Kaiser und dem Herzog von Grammont-Gaderousse ist noch nicht zu Ende, der Herzog hat gegen das Urteil appelliert, welches ihm aufgelegt ist, 3000 Fr. an die Mutter des von ihm getöteten Herrn Dillon zu zahlen und eine Rente von 3600 Fr. für diese Frau und ihre beiden Söhne zu kaufen. Der Herzog will der Frau die Rente zahlen, nicht aber auch noch nach ihrem Tode deren Söhnen.

General Forey hat durch eine aus Drizabé vom 25. Oct. abgefertigte Depesche nach Paris gemeldet, daß er daselbst nach schwierigem Marsche durch die regendurchweichten Wege endlich eingetroffen sei. Das Moniteur-Bulletin entnimmt dieser Depesche ferner, daß gleich am Tage der Ankunft über die Truppen, deren Gesundheitszustand sehr befriedigend gewesen, eine Revue stattgefunden und der Ober-General sofort mit Organisirung der mexikanischen Hilfs-truppen begonnen habe. Die 5000 Mann starke Brigade des Generals Berthier war von Vera-Cruz nach Jalapa aufgebrochen und hatte am 1. November bereits Puerto Nacional besetzt. In Vera-Cruz hatte am 26. und 27. October ein heftiger Sturm gewütet, den Schiffen der kaiserlichen Flotte aber keinen bedeutenden Schaden zugefügt. Nur der Dampf-Aviso Chaptal ist, da seine Unterkünfte brachen, auf den Strand gesunken; man hoffte ihn indessen wieder flott zu machen; seine Mannschaft ist ans Land gebracht. Als der Postkämpfer Vera-Cruz verließ, waren fünf Schiffe, la Mayenne, l'Orenoque, le Dorion, le Montezuma und le Palearci eben angelangt. Die in New-York feststellten Maulthiere, Wagen und Mehlvorräte sind von dort am 12. November nach Vera-Cruz abgegangen.

Der Moniteur meldet in einem Schreiben aus Vera

in allen Fragen der inneren und auswärtigen Politik, namenlich in der mexikanischen Angelegenheit, ganz entschieden und ohne Rückhalt auf Seite des Ministeriums. Über die Vicepräsidentschaft ist noch nichts entschieden. Man nennt als wahrscheinlich Kandidaten die Herren Monares, Herzog v. Villa Hermosa, Arioles und Riv. ro Gidraque. Nach der „Correspond.“ ist die sofortige Abschaffung des Passwanges von der spanischen Regierung beschlossen.

### Dänemark.

Mit dem 1. d. sollte die Thätigkeit der neuen holsteinischen Regierung beginnen, sie behält vorläufig ihren Sitz in Kopenhagen, da man sich noch nicht für einen der vielen vorgeschlagenen Orte in Holstein entschieden hat. Die Instruction für dieselbe ist ebenfalls noch nicht veröffentlicht. Von einer Veränderung wird demnach vorläufig nichts verspürt werden. In Schleswig scheint man große Dinge zu beabsichtigen. Der Stände-Versammlung soll, heißt es in einem Schreiben der R. B. aus Holstein ein neues Wahlgesetz vorgelegt werden, durch welches man dieses Herzogthum mit dem für das dänische Volkstheit bestehenden allgemeinen Wahlrecht zu beglücken, mit Hülfe desselben aber natürlich die niedere unselbstständige Volksklasse zu beeinflussen und die Majorität der intelligenz deutschen Bevölkerung, wie auch namentlich den Einfluss der so sehr gehaschten Grundbesitzer zu brechen hofft. Auch an die für Schleswig und Holstein gemeinschaftlich gebliebenen Angelegenheiten soll die Hand gelegt werden. Nach Einführung der neuen holsteinischen Regierung verliert auch die collegialische Behandlung der gemeinschaftlich verbliebenen Angelegenheiten die ihr in den Verträgen von 1851—1852 beigelegte Bedeutung, da die in die Regierung übergehenden deutschen Beamten des holsteinischen Ministeriums von jeder Theilnahme an derselben ausgeschlossen werden.

### Italien.

Das neue Anlehen Piemonts von 500 Millionen wird mit dem Pariser Hause Rothschild negocirt. Die Emission soll für den Monat Januar zum Kurs von 67 Prozent geschlossen sein. Nur verlangt der Baron Rothschild einen Viertelcoupon, d. h. die Verzinsung vom 1. October d. J. an gerechnet. Die wirkliche Ziffer des Anlehens wäre demnach 65 Francs 75 Centimes. Rothschild fordert aber vor Allem, daß das französische Gouvernement die Kontrolle des Anlehn an der Pariser Börse gestatte. Diese letztere Bedingung ist unerlässlich. Man glaubt in Paris, daß Herr Achille Fould, der Finanzminister, seine Einwilligung geben werde. Die 500 Millionen Francs, welche Piemont als Anlehen aufnimmt, werden ihm nicht mehr und nicht weniger denn 830 Millionen Frs. kosten.

Der römische Correspondent des „Ezras“ meldet über den Besuch des Kronprinzen von Preußen und der Prinzen von Wales beim Papste, daß während der Unterredung der Prinzen mit dem h. Vater Niemand anwesend gewesen sei, und daß die lange Dauer derselben dem ganzen Hof in Verwunderung gesetzt habe. Später wurde auch das Gesetz der Prinzen herbeigerufen, um dem Papste vorgestellt zu werden. Ein Engländer aus der Begleitung des Prinzen war indes in seinem Papistenhof nicht dazu zu bewegen, vor dem Papste zu erscheinen, trotzdem der Prinz ihn selbst rief, was im Vatican großes Aufsehen machte.

### Donau-Fürstenthümer.

Der „A. A. 3.“ schreibt man aus Bukarest, 22. Nov. Im bessigen Consulatcorps herrscht großer Aufregung, und Fürst Cusa wird wegen einer angeblichen Waffenförderung von ungewöhnlichem Belang aus Bessarabien über Fokschani in der Richtung nach der Donau um Auskunft angegangen. Der englisch General-Consul, in Verbindung mit dem österreichischen, hat die ersten Schritte gethan, und als ihnen mitgeteilt wurde, daß wahrscheinlich nur von einer gewissen Sendung von vierzig Wagen mit alten Militär-Effekten und verrosteten Gewehren die Rede sei, welche aus Belgrad „der wohlfeilern Reparatur wegen“ hieher transportiert werden sollen, so waren die genannten diplomatischen Agenten in der Lage, diese Zahlen wesentlich zu vervollständigen und über Ursprung und Beschaffenheit die Wissenschaft der walachischen Regierung in hohem Grade zu erweitern. Nicht von 40 Wagenladungen, sondern zunächst von 400, nach neuesten Berichten sogar von 700 Wagenladungen soll die Rede sein, und es war daher natürlich, daß man sich bei der ersten Auskunft des Fürsten nicht beruhigte. Die ganze Sache geht offenbar zunächst die Hohe Pforte an, und es steht zu erwarten, welche Maßregeln dieselbe für den Fall ergreifen dürfte, daß sich die Sendung wirklich als ein großartiger Kriegsapparat gegen ihre eigene Sicherheit darstellen sollte.

### Amerika.

Über die Absetzung McClellans und die Aufgabe seines Nachfolgers, schreibt die Newyorker Handelszeitung vom 15 v. Mis.: Amlich, durch einen offenen Brief des Obergenerals Hallock wird festgestellt, daß dieser McClellan dem positiven, peremptorischen Bescheide des Landesoberhauptes unter den faulsten, lügenhaften Vorwänden den trockigen Ungehorsam entgegengesetzt hat. Unter solchen Umständen braucht man sich wahrlich nicht zu zergrubeln, um politische und persönliche und politische Motive aufzufinden, die den Präsidenten zur Entfernung eines widerständigen, mutestrischen Generals bestimmt haben. Man hat nur darüber zu staunen, daß diese Entfernung nicht schon früher erfolgt ist. Zum Nachfolger McClellans ist General Burnside ernannt. Er übernimmt sehr wenig beneidenswerthe Erfüllung. Denn an demselben Tage, wo McClellans Absetzung erfolgte, erfuhr man auch definitiv, daß McClellan das feindliche Heer abermals hat entwischen lassen, wie vor neun Monaten von Manassas Junction, und daß dasselbe jetzt statt in Winchester, wo es hätte umringt und von seiner Operations-

basis abgeschnitten hinter dem Rappahannock (bei Gordonsville) steht. McClellan hatte also den Oberbefehl erst abzugeben, nachdem er den Feldzug gegen Winchester bereits verloren hatte, und Burnside hat die schwierige Aufgabe, hart an der Schwelle des Winters einen ganz neuen Feldzug gegen ein in festen Positionen und in guter Verbindung mit seiner Basis stehendes feindliches Heer zu organisieren. Es gibt viele, die unter solchen Umständen ein „zu spät“ rufen.

Die Verhandlungen zwischen dem britischen Cabinet und der Regierung zu Washington über den Corsair „Alabama“ schweben noch, während neue Verhandlungen über die erneute Ausrüstung von conföderierten Kriegsschiffen in englischen Häfen bereits begonnen haben.

Aus Mexico, 27. Oct., schreibt der Times-Correspondent: „Gegen allgemeines Erwarten hat Comonfort die an ihn von Juarez ergangene Einladung angenommen. Er befindet sich jetzt ein paar Stunden von der Stadt und soll von 4000 Mann begleitet sein. Welche Rolle er bei der bevorstehenden Krisis zu spielen gedenkt, scheint Niemand auch nur ahnen zu können. Dobaldo hält zähe an seinem Gouvernement fest und scheint durchaus keine Lust zu haben, seinen ehemaligen Freunden aus der Patricie zu helfen. Rosas, ein der liberalen Partei angehöriger General, der seit einiger Zeit in der Nähe von Tepic unerhörte Gräueltaten begangen hat, wird in einigen Tagen mit seinem ungefähr 600 Mann starken Corps hier erwartet, so daß wir, wenn wir Guella, Britton, Garavajal und einige Andere d'Helloen Schläges hinzurechnen, eine hübsche Bande zusammen haben werden. Was daraus werden soll, wenn Alles in Aufführung und Verwirrung ist und diese Leute im Begriffe stehen, sich ins Innere des Landes zurückzuziehen, vermag Niemand zu sagen. Doch sieht das Schlimmste zu befürchten.“

Auf der unter großbritannischer Herrschaft stehenden Insel St. Vincent ist im vorigen Monat die Ruhe durch eine aufrührerische Bewegung der Neger gestört worden. Der Anlaß war, daß den schwarzen Arbeitern eine Ration Rum und Zucker u. c. die sie darüber neben ihrem Lohn zu erhalten pflegten, entzogen worden. Ein Haufe von mehreren hundert Schwarzen beider Geschlechter, mit Hieb- und Feuerwaffen bewaffnet, begann Häuser und Zuckerfelder in Brand zu stecken, ließ sich aber durch das Zureden des stellvertretenden Gouverneurs Musgrave beschwichtigen. Einige Tage später brach der Aufstand von neuem und in größerem Maßstabe los und bedrohte sowohl Georgestown wie Kingstown. Die Kolonie wurde unter das Kriegsrecht gestellt und ein Kriegsschiff aus Trinidad geholt. Die Unruhestifter, die auf der Insel umhergestreift waren und überall Verwüstungen angerichtet, auch einzelne Personen mißhandelt hatten, wurden glücklicher Weise in der Nähe von Kingstown in einem Hause verhaftet und eingefangen, von Cavallerie angegriffen und zerstört. Einige von ihnen blieben tot auf dem Platz. Die Gefangenen aber sollen gebeichtet haben, daß unter ihnen seit längerer Zeit eine Verschwörung bestand, die den Zweck hatte, sich mehrere Güter auf der Insel zu bemächtigen, die weißen Besitzer umzubringen und die weiblichen Mitglieder ihrer Familien unter die Rodelzüuber zu verteilen. Am 20. October, nachdem die Ruhe wieder hergestellt war, wurde der Kriegszustand wieder aufgehoben. Der angerichtete Schaden soll sehr bedeutend sein.

Die gesetzgebende Versammlung von Jamaica ist am 4. Nov. eröffnet worden. Die Regierung bestätigt, sofort einen Antrag einzubringen, wegen Beförderung der Einwanderung freier Farbigen und Schwarzen aus Amerika, welcher Antrag im voraus überall Anklang findet. Einer Deputation, welche sich in dieser Angelegenheit an ihn wandte, erklärte der Gouverneur der Kolonie, daß bei der Sache nur ein Bedenken sei, nämlich ob, wenn die Regierung die Maßregel direct in die Hände nehme, darin nicht eine Verlegung der Neutralität zwischen dem Norden und Süden erblickt werden könnte. Die Sache liegt dem Colonialminister zur Entscheidung vor, dessen Antwort demnächst eintreffen müsse. Zwischen haben die Regierung alle Fürsorge getroffen für die Unterbringung der freiwillig einwandernden Schwarzen und Farbigen. Der westindische Dampfer Tasmanian bringt Nachrichten aus Walpara vom 18. October und aus Lima vom 29. October. In Chili wurde der Staatssekretär von mehreren Mitgliedern des Rätepanionenhausess gefragt, was an den Gerüchten sei, daß der chilenische Gesandte in England nicht den ihm gebührenden Empfang gefunden habe. Der Staatssekretär erwiderte, es sei ganz das Gegenteil der Fall; Earl Russell habe den Gesandten mit alter Achtung behandelt und über dies habe England sich stets der Freundschaft Chiles besonders würdig bewiesen.

In Peru sind am 24. October alle Posten in der Verwaltung neu besetzt worden. Der frühere Finanzminister hatte die Bedingungen des von H. r. Sand in England negocirten und seitdem angenommenen Antrages missbilligt und sich daher gedwungen gesehen, aus dem Cabinet zu scheiden.

### Zur Tagesgeschichte.

\* Der Historienmaler Lenwald hat den Allerhöchsten Auftrag erhalten, die Karbenfüße zu einer von ihm angestalteten Composition darstellend den Einzug des Herzogs Leopold in Wien nach seiner Rückkehr aus Palästina zu malen, auf deren Grundlage er dann mit der Ausführung dieses Bildes in größerem Maßstabe betraut werden wird.

\* Wie mitgetheilt wird, schwerte der frühere Wiener Bürgermeister Seiller, der in Begleitung des Landesgerichtsrathes Engl eine Reise nach Jerusalem unternommen hatte, in dieser Stadt furchtlich in Lebensgefahr. Es brach nämlich zur Zeit der Ankunft der beiden Reisenden ein Drujaufstand aus, und nur mit Noth entgingen die selben den wilden Horden.

\* Am Samstag sandt im Hofoperntheater die erste Probe von Richard Wagner's „Tristan und Isolde“ unter des Komponisten persönlicher Leitung statt.

\* Über den Räuberansall bei Chiasso bringt die „Schweizer Blg.“ Näheres: „Gestern Abend, am 22. d., nach 7 Uhr wurde bei Chiasso auf Schweizergebiet die Post von 14 (nach einem anderen Bericht von 17) Dauern angefallen. Einer der Räuber forderte den Conducteur die Schlüssel ab, indem er ihm ein Revolver auf die Brust legte. Der letztere mußte sich dazu verstellen; er und der Postillon mussten sich, das Gesicht zur Erde gehet, niederlegen und wurden in dieser Lage von allen Räubern bewacht, während andere den Wagenvergleich öffneten, die Säcke aufzwickten und aus denselben die Geldrollen bis 200 Fr. angeschnitten. Glücklicherweise liegen sie ein Patet Banknoten unterdrückt. Ebenso kam eine Dame (eine italienische) dorthin, die über 3000 Fr. bei sich trug, mit dem bloßen Schreden davon. Der Conducteur ist nach Bellinzona bewegen worden und zwei der Räuber sind festgenommen.“

\*\* Am 14. September Nachmittags hat wieder eine der Nordost-Posten aufgegeben, wie jücht leider in der letzten Zeit so häufig in Japan vorgekommen sind. Eine Dame Mrs. Boredale war mit drei Herren spazieren geritten nach einem Dorfe, Kawafuji genannt, wo sie ein Pitzen arrangirt hatten. Sie begleiteten einen Daio oder Prinzen mit ungefähr 800 Soldaten und Offizieren. Schon hatten sie den Haag oder Tragessell des Fürsten passiert, als einige Offiziere aus den Reihen sprangen, ihre Saber zogen und die Unverwafften angriffen. Einer der selben war tödlich getroffen vom Pferde, während es den Andern gelang, die Blutstropfen zu ergreifen und davonzugehen; sie sind sammlich verwundet, allein die Dame nicht, deren Gut nur durch den Saberhieb war fortgeschlagen worden. Dieseide Galopptrie ganz allein, ungefähr 5 Stunden, bis Yotuhama, wohin sie die Trauertochter brachte. Die Wunden von zwei Herren sind nicht lebensgefährlich, doch wird der Arm des Einen wahrscheinlich abgenommen werden müssen. Der unglückliche Empoide heißt Miyajima, ein junger reicher Kaufmann aus China, der im Beifalle stand, nach London zurückzukehren, mit einem Einkommen von 100 £. im Jahr. Die beiden anderen sind Kaufleute aus Yotuhama und heißen Marshall und Glaire. — Die fast siebenjährige Lady Franklin, Gemalin des berühmten Seefahrers, war auf ihrer Reise um die Erde im Februar d. J. in Yotuhama angelommen.“

Prise der polnischen Produkte in Wien vom 23. bis 30. November 1862 in fl. öst. W.  
Galizische Hader: für 1 Zentner weiße von bis mit halbweissen . . . . . 7.25 7.75  
Büchabern . . . . . 5.25 5.75  
Ordinäre Packabern . . . . . 3.50 4.50  
Blau-Weine-Hader gemischt mit Baumw. 4.— 5.50  
Cattun-Hader . . . . . — —  
Röher polnischer Hanf . . . . . 17— 18.50  
Röher polnischer Glachs gehobelter . . . . . 22— 22.75  
Röher polnischer Glachs gehobelter . . . . . 19— 22.75  
Poln. Ochsenhörner ohne Sortierung für 1000 Stück . . . . . — —  
1 Zentner gereinigter rother Klee . . . . . 28— 28—  
Natürlicher roth. Klee . . . . . 27— 27—  
Weißer Klee . . . . . 40— 45—  
Polnische Ochsen-Häute naß jamm. Pförtern das Pf. . . . . 25— 26—  
Poln. Kalbsfelle mit dem Kopf der Cr. . . . . 80— 85—  
Galizischer Terpentin . . . . . 40— 40—  
Poln. ord. (Badel)-Wolle . . . . . 56— 56—  
Wisnitzer Schweinsborsten, Mustergattung 280— 285—  
Weisse Wisn-Schw.-Borsten, Mustergattung 160— 165—  
Jaworower Schweinsborsten, Mustergattung 280— 285—  
" " vorjähriges 190— 200—  
" " ausgezeichnete 170— 175—  
" " mittlere . . . . . 90— 95—  
" " schlechtere . . . . . 100— 102—  
Mielecer Schweins-Borsten . . . . . 120— 125—  
30 bis 33 grädiger Spiritus trans. (für 1 G.) . . . . . 51½— 51½—  
Rectifizierter 30 grädiger Sp. transito . . . . . 55½— 55½—  
Tarnovoller Wachs der Cr. . . . . 128— 128—  
Amsterdam, 3. Dez. Dort verzinslich 76½— 76½—  
Metall. 55½— 52½— Metall. 28½— Natl.-Anl. 63½—  
Wien fehlt.

London, 3. Dezember. Consols (Schluß) 92½.— Lomb. Eis Akt. 3¼.

Berlin, 3. December. Freiw.-Anl. 102½.— öpp. Met. 59½— 1854er-Los 76½.— Nation.-Anlehen 68½— Staatsbahn 131½— Credit-Aktion 92½.— Credit-Los 73½.— Böhmis. Weißbahn 70%— Wien fehlt.

Frankfurt, 3. December. Bantactien 176.— 1854er-Los 73½.— National-Anl. 67— Staatsbahn 230.— Credit-Aktion 215½.— 1860er-Los 74½.— Anteile vom Jahre 1859 77.

Hamburg, 3. Dec. Creditactien 90½.— National-Anlehen 69%.

Paris, 3. December. Schluscourse: 3 percent. Rente 70.60. 4½perc. 97.40.— Staatsbahn 505.— Credit-Mobilier 1117.— Lomb. 587.— Biewonteliche Rente 71.25.

Consols mit 92½% gemeldet.

Wien, 4. December. National-Anlehen zu 5% mit Jänner-Coupe 82.50 Gold, 82.60 Waare, mit April-Coupe 82.70 Gold, 82.80 Waare.— Neues Anlehen vom J. 1860 zu 500 fl. 89.10 Gold, 89.20 Waare, zu 100 fl. 92.10 G., 92.20 W.— Galizische Grundentlastungs-Obligationen zu 5% 71— G., 71.25 W.— Aktien der Nationalbank (pr. Stück) 806 G., 808 W.— der Credit-Institut für Handel und Gew. zu 200 fl. österr. Währ. 222.90 G., 223.— W.— der Kaiser Ferdinand Nordbahn zu 1000 fl. Cr. 1835 G., 1837 W.— der Galiz.-Karl.-Eduard-W.-Cr. mit Einzahlung 222.50 G., 223.— W.— Wedel (auf 3 Monate): Frankfurt a. M. für 100 Gulden fädd. W. 101.75 G., 101.90 W.— London, für 10 Pd. Sterling 119.80 G. 119.95 W.— R. Mündelaten 5.74 G., 5.76 W.— Kronen 16.50 G., 16.52 W.— Napoleon's 9.58 G., 9.60 W.— Russ. Imperiale 9.85 G., 9.86 W.— Vereinshaler 1.78½ G., 1.79 W.— Silber 119.25 G., 119.75 W.

Krakauer Cours am 4. Decbr. Neu Silber-Nibel Agio p. 107½ verl., fl. p. 106½ gez.— Poln. Banknoten für 100 fl. öst. Währung fl. poln. 300 verlangt, 374 bezahlt.— Preuß. Courant für 150 fl. österr. Währung Thaler 83½ verlangt 82½ bezahlt.— Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. 119½ verlangt, 118½ bez.— Russische Imperials fl. 9.94 verlangt, fl. 9.80 bezahlt.— Napoleon's fl. 9.68 verlangt, 9.54 bezahlt.— Holländische Dukaten fl. 5.08 verlangt, 5.05 bezahlt.— Böhmische Dukaten fl. 5.08 verlangt, 5.06 bezahlt.— Römer-Dukaten fl. 5.74 verlangt, 5.66 bezahlt.— Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coups. p. 101½ verl., 111 bezahlt.— Galiz. Pfandbriefe nebst 1. Coupons in österr. Währung 81½ verl., 80½ bezahlt.— Galizische Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in Convent.-Wünz. fl. 80½ verlangt, 84½ bezahlt.— Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währ. fl. 101½ verl., 71 bezahlt.— National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Währ. 82½ verlangt 81½ bezahlt.— Actien der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons eingezahlt fl. österr. Währung 226 verl., 224 bezahlt.

### Neueste Nachrichten.

Paris, 2. December. Die Thronrede der Königin von Spanien bei Eröffnung der Cortes spricht den Wunsch aus, daß die Bekümmerung des Papstes aufhören möge, und glaubt, der Hoffnung Raum geben zu können, daß die aus dem Londoner Vertrage entstandenen Weiterungen beseitigt werden. — Nach Berichten aus Avignon hat die Rhone die dortigen Quais überflutet und an verschiedenen Punkten bedeutenden Schaden angerichtet.

Belgrad, 3. Dec. Die Militärcommission wird vor dem 1. Jänner 1863 nicht zusammentreten.

Turin, 3. Dec. Abends. Cassinis, dem die Bildung eines Cabinets nicht gelang, bat auf dieses Mandat verzichtet. Das Gerücht, Ponza di San Martino sei mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, ist unrichtig, dagegen wird versichert, Graf Pasolini, Präfect von Turin, habe diesen Auftrag erhalten und angenommen. Die Namen der künftigen Minister sind noch ungewiss.

Die heutige „Monarchia nazionale“ wünscht ein der Krone und den Parteien fernstehendes Ministerium, welches die Majorität der Kammer versöhnen könnte. Das genannte Blatt glaubt, daß eine Periode der Waffenruhe notwendig sei, damit sich die politischen Leidenschaften beruhigen können. Die „Opinione“ führt fort, das Project eines Geschäftsmusters zu bekämpfen.

Athen, 1. Decbr. Der russische Gesandte hat dem Präsidenten Bulgaris eine Mittheilung gemacht, welche die Geltendmachung der im Protocole vom Jahre 1850 aufgestellten Grundsätze bezweckt.

New-York, 22. November. Es geht das Gerücht, daß Kongressmitglieder aus den südlichen Unionstaaten die Absicht haben, Briefe aus der Zeit des Zusammentreffens des Kongresses zu veröffentlichen, in welchen Waffenstillstand und Frieden verlangt wird.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. A. Bojer.  
Verzeichniß der Angelkommenen und Abgereisten vom 4. December.

# Amtsblatt.

## N. 67319. Kundmachung. (4362. 3)

Mit dem, zu Folge Verordnung Sr. Excellenz des galizischen k. k. Herrn Statthalters vom 14. November 1. J. d. 8995 ergangenen Erlasses des h. k. k. Statthalterei-Commission's-Präsidiums vom 20. November 1. J. d. 1866 präs. wurde dem Magistrat aufgetragen, Be huf der neuen Wahl eines Landtags-Abgeordneten in Krakau die Verzeichnisse über die Wahlberechtigten Gemeindelieder der k. Hauptstadt Krakau — nach den Grundsäcken des Gemeindegesetzes vom 17. März 1849 und den nachträglichen Verordnungen zu verfassen.

Diesem h. Auftrage gemäß wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die nach den obgedachten Grundsäcken und Weisungen verfaßten Verzeichnisse der wahlberechtigten Bürger und Gemeindelieder im Zwecke der Einbringung von etwaigen Reklamationen entweder wegen unterlassener Aufnahme in dieselben, oder wegen nicht gehöriger Einreichung, in Folge der unrichtig angesetzten Steuerschuldigkeit vom 7. bis 20. December 1. J. in IV. Magistrats-Departement (Haus-Nr. 116 n. 125 a., Domherringasse 2. Stock) öffentlich aufgelegt, und nach Ablauf dieser Reklamationsfrist endgültig abgeschlossen werden. Gleichzeitig wird die Bevölkerung der Landeshauptstadt Krakau ausdrücklich auf den Umstand aufmerksam gemacht, daß zu Folge hoher Ministerial-Verordnung vom 6. April 1850, und hohen Staats-Ministerial-Erlasses vom 14. März 1861, d. 1398, die Ausübung des Wahlrechtes der Gemeinde-Bürger von der vollständigen Berichtigung der fälligen direkten Steuern abhängt, und daß sich daher die wahlberechtigten steuerpflichtigen Insassen der Stadt Krakau bereiten mögen, ihrer Steuerpflicht, von welcher das Wahlrecht abhängt, vollkommen Genüge zu leisten.

Bom Magistrat der k. Hauptstadt.

Krakau, am 1. December 1862.

## N. 67319. Kundmachung. (4366. 2-3)

Aus den den Namen Sr. kais. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Karl Ludwig führenden Stipendienstiftung ist ein Stipendium im jährlichen Betrage von 157 fl. 50 kr. ö. W. mit Beginn des laufenden Studienjahres wieder zu besorgen.

Dieses Stipendium ist ausschließlich für Rechtshörer der Lemberger oder Krakauer Universität für die Dauer der Universitätsstudien bestimmt, und es haben stiftbriefmäßig das nächste Recht hierauf:

- arme, die Rechtsstudien besuchenden Jünglinge armenischen Ritus aus dem Kołomeaer Kreise gebürtig;
- in deren Ermanglung arme, die juridischen Studien frequentirenden Jünglinge armenischen Ritus, die aus den Stanislauer oder Brzeżaner Kreise gebürtig sind;
- im Abgange solcher, derlei Jünglinge armenischen Ritus, die überhaupt in Galizien geboren sind;
- und wenn auch solche nicht vorhanden wären, arme Rechtshörer des armenischen Ritus aus der Bukowina gebürtig.

In Ermanglung der laut a. bis d. zum Stipendien genüge vorzugsweise berufenen Jünglinge wird das Stipendium an einen armen Rechtshörer ohne Unterschied des Ritus verliehen werden.

Diejenigen welche sich um Verleihung dieses Stipendiums bewerben wollen, haben ihre mit den Laufschene, Mittellosigkeitszeugnissen und den Studienfrequentations- und Verwendungszeugnissen belegten Gesuche bis 15ten December 1862 bei der k. k. Statthalterei durch das Professoren-Collegium einzubringen.

Bom der k. k. galiz. Statthalterei.  
Lemberg, am 28. October 1862.

## N. 67319. Obwieszczenie.

Ze stypendijnnej fundacyi pod nazwą Jego Cesarskiej Mości najdostojniejszego Arcyksięcia Karola Ludwika, jest do obsadzenia stypendium w rocznej kwocie 157 zł. 50 cent. z rozpoczęciem bieżącego roku szkolnego.

To stypendium przeznaczone jest wyłącznie dla słuchaczy praw Lwowskiego albo Krakowskiego uniwersytetu i według fundacyjnego listu największe mają prawo:

- ubodzy, na wydział prawniczy uczęszczający młodziency ormiańskiego wyznania, rodem z Kołomyjskiego obwodu;
- w braku tych, na jurydyczny wydział uczęszczający młodziency ormiańskiego wyznania, którzy są urodzeni w Stanisławowskim albo Brzeżańskim obwodzie;
- w braku takich, owi młodziency ormiańskiego wyznania, którzy w ogóle z Galicją są rodem;
- nareszcie jeżeli i takich nie było, ubodzy słuchacze praw ormiańskiego wyznania rodem z Bukowiny.

W braku młodzienców powołanych przedewszystkiem do pobierania stypendium pod a. do d. nadane zostanie stypendium ubogiemu słuchaczu praw bez różnicy wyznania.

Ci którzy się chcą ubiegać o nadanie tego stypendium wniesić mają za pośrednictwem kolegium profesorów swoje w metrykę chrztu, świadectwo ubóstwa, dalej w świadectwie frekwencji szkolnej i zachowania się zaopatrzone podania do dnia 15 grudnia 1862 do c. k. Namiestnictwa.

Od c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 28 października 1862.

In der Buchdruckerei des "OZAS".

## N. 67319. Kundmachung. (4367. 2-3)

Zur Wiederbeschaffung mehrerer Stipendien jährlicher 105 fl. ö. W. welche für Ruthenen, die den juridischen oder philosophischen Studien obliegen, bestimmt sind, wird der Concurs bis 15. December 1862 ausgeschrieben.

Die Bewerber um diese Stipendien haben ihre Gesuche, welche mit den Laufschene und Mittellosigkeitszeugnissen, dann den Studien- und Frequentationszeugnissen gehörig zu belegen sind, durch das betreffende Professoren-Collegium innerhalb der Concursfrist bei der k. k. Statthalterei einzubringen.

Bon der k. k. galizischen Statthalterei.  
Lemberg, am 28. October 1862.

## N. 67319. Obwieszczenie.

Dla ponownego obsadzenia kilku stypendów rocznych 105 zł. przeznaczonych dla rusinów powiązujących się jurydycznym albo filozoficznym naukom, rozpisuje się konkurs do dnia 15 grudnia 1862.

Ubiegający się o te stypendya wniesć mają swoje podania zaopatrzone należycie w metrykę chrztu i świadectwo ubóstwa, dalej w świadectwie szkolne i frekwencję, w drodze odnośnego kollegium profesorów i w ciągu konkursowego terminu do c. k. Namiestnictwa.

Z c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 28 października 1862.

## N. 67319. Kundmachung. (4363. 2-3)

Zur Besetzung eines Stipendiums jährlicher 52 fl. 50 kr. ö. W. aus der vom ehemaligen Szynwalder Pfarrer Andreas Stawek gegründeten Stiftung wird der Concurs bis 15. December 1862 ausgeschrieben.

Zum Genuss dieses Stipendiums sind arme Studierende an den Krakauer Lehranstalten berufen, welche sich in Sitten, Fleiß und Fortgang in den Studien auszeichnen.

Bei übrigens gleichen Umständen haben Studierende aus dem Pfarrbezirke Szynwald, Tarnower Kreises vor den übrigen Bewerbern den Vorzug.

Die Gesuche um dieses Stipendium sind im Wege der Vorstände der betreffenden Lehranstalten innerhalb des Concurstermines bei der k. k. Statthalterei-Commission in Krakau einzubringen.

Bon der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 28. October 1862.

## N. 67319. Obwieszczenie.

Dla nadania stypendium rocznych 52 zł. 50 cent. z fundacji byłego proboszcza z Szynwaldu Andrzeja Stawka rozpisuje się konkurs do dnia 15 grudnia 1862.

Dla otrzymania tego stypendium powołani są ubodzy uczniowie w Krakowskich zakładach naukowych.

Przy jednakowych z resztą stosunkach mają przed innymi ubiegającymi się pierwszeństwo uczniowie z Szynwaldskiej parafii obwodu Tarnowskiego.

Podania o te stypendya mają być wniesione w ciągu terminu konkursowego i w drodze przełożonych odnośnych zakładów naukowych do c. k. Komisji Namiestnictwa w Krakowie.

Od c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 28 października 1862.

## N. 67319. Kundmachung. (4364. 2-3)

Zur Wiederverleihung des Franz von Eichhorn gestifteten Stipendiums, welches gegenwärtig 126 fl. ö. W. beträgt, wird der Concurs bis 15. December 1862 ausgeschrieben.

Dieses Stipendium ist für Jünglinge bestimmt, welche in Galizien geboren sind und sich dem Studium der Arzneikunde an einer inländischen Universität entweder bereits widmen oder künftig widmen wollen.

Bewerber um dieses Stipendium haben ihre mit den Laufschene, den Studien-, Verwendungs- und Armutsszeugnissen und wenn sie noch nicht Mediziner sind, mit den Maturitätszeugnissen und mit der Erklärung, daß sie an einer k. k. Universität die Arzneikunde studieren wollen, belegten Gesuche innerhalb der Concursfrist im Wege der Vorstände der betreffenden Lehranstalt bei der k. k. Statthalterei einzubringen.

Bon der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 28. October 1862.

## N. 67319. Obwieszczenie.

Dla ponownego udzielenia stypendium fundacji Franciszka Eichhorna obecnie w kwocie 126 zł. rozpisuje się konkurs do dnia 15 grudnia 1862 r.

To stypendium przeznaczone jest dla młodzieńców urodzonych w Galicji i którzy posiadają się albo poświęcają się pragną naukom lekarskim przy jednym z krajo-zych uniwersytetów.

Ubiegający się o stypendium mają swoje w metrykę chrztu, niemniej w świadectwa szkolne, moralności i ubóstwa, oraz jeżeli nieuchęszczają jeszcze na wydział medyczny, w świadectwa dojrzalosci i w deklaracją, że chcą się uczyć na je-

dym z c. k. uniwersytetów medycyny, zaopatrzone podania, wniesć w ciągu konkursowego terminu za pośrednictwem przełożonych odnośniego zakłada naukowego do c. k. Namiestnictwa.

Od c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 28 października 1862.

## N. 67319. Kundmachung. (4365. 2-3)

Zur Wiederverleihung eines vom Jakob Kulczycki gestifteten Familien-Stipendiums im Betrage jährlicher 116 fl. ö. W. wird hiemit der Concurs bis 15. December 1862 ausgeschrieben.

Zu dieser Stiftung sind zunächst die unmittelbaren Blutsverwandten des Stifters des verstorbenen Landespräsidenten in Lemberg Jakob von Kulczycki, in deren Ermanglung andere den Namen Kulczycki führende Jünglinge, berufen.

Der Genuss des Stipendiums dauert vom Eintritt in die Normalschulen bis zur Beendigung der Rechtsstudien.

Diejenigen welche sich um diesen Stiftungssitz bewerben wollen, haben ihre, mit den Beweisen der Verwandtschaft mit dem Stifter, über ihr Alter, Moralität, Mittellosigkeit und mit den Zeugnissen über den Studienfortgang belegten Gesuche im Wege der vorgeesehenen Lehramtstätte innerhalb des Concurstermines bei der k. k. Statthalterei einzubringen.

Bon der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 28. October 1862.

## N. 67319. Obwieszczenie.

Dla ponownego nadania stypendium familijnego fundacji Jakuba Kulczyckiego w kwocie rocznych 116 zł. 20 cent. rozpisuje się konkurs do dnia 15 grudnia 1862.

Zum Genuss dieses Stipendiums sind arme Studierende an den Krakauer Lehranstalten berufen, welche sich in Sitten, Fleiß und Fortgang in den Studien auszeichnen.

Bei übrigens gleichen Umständen haben Studierende aus dem Pfarrbezirke Szynwald, Tarnower Kreises vor den übrigen Bewerbern den Vorzug.

Die Gesuche um dieses Stipendium sind im Wege der Vorstände der betreffenden Lehranstalten innerhalb des Concurstermines bei der k. k. Statthalterei-Commission in Krakau einzubringen.

Bon der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 28. October 1862.

## N. 3530 c. Edikt. (4357. 3)

Ze strony c. k. Urzędu powiatowego jako Sądowi w Nowym Targu niniejszem wiadomo się czyni, że Jan Marszałek w Pieniążkowicach w r. 1847 beztestamentalnie pomarł.

Ponieważ pobyt teraźniejszy synów tegoż Jana i Jędrzeja Marszałków tutejszemu sądowi wiadomy nie jest, przeto takowi wzywają się, ażeby w przeciągu roku od daty niżzej położonej w tutejszym sądzie zgłosiли i do dziedziczenia tego spadku deklarowali się, przeciwnie bowiem pertraktacyja z zgłoszającymi się sukcesorami i ustanowionym dla nieobecnych kuratorem Janem Marszałkiem przeprowadzona będzie.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd.

Nowy Targ, dnia 14 listopada 1862.

**Getreide-Preise**  
auf dem legien öffentlichen Wochenmarkte in Krakau, in drei Gattungen classifizirt.

Aufführung der Produkte	Gattung I.		II. Gatt.		III. att.	
	von 1. tr.	bis 2. tr.	von 1. tr.	bis 2. tr.	von 1. tr.	bis 2. tr.
Der Weizen. Wint. Weiz.	4.40	5.87	4.30	4.37		
" Saat-Weiz.						
" Roggen.	3.12	3.20	2.75	2.95		
" Gerste.	2.5	2.50	2	2.25		
" Hafer.	1.50	1.62	1.37	1.37		
" Erbsen.	3.25	3.50	3	3		
" Hirsegrüze.	4.5	4.75	4	4.25		
" Kartoffeln.	3.50	3.75	3	3.25		
Cent. der Wien. G.	90					
" Stroh.		75				
1 Pd. fettes Rindfleisch mag.	21	24	17	19	15	
" Rind-Lungenf.	18	22	15	17	14	
Spiritus Garnier mit Bezahlung.	260					